

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Der Dampfer „Bulgaria“

Wie auf der Heimreise auf allen Hafenplätzen festlich empfangen und dem Kapitän, wie der Mannschafft Dationen dargebracht. Wie schon gemeldet, traf die „Bulgaria“ gestern früh in Plymouth ein und wurde besichtigt von dem Mayor von Plymouth und den Mitgliedern des Rathes, den Vorsitzenden der Handelskammer und ihren Mitgliedern, dem Vorgesetzten und den Mitgliedern des Handelsvereins sowie von vielen Damen und Herren der Gesellschaft. Hierbei wurde dem Kapitän Schmidt, den Offizieren und der Mannschafft der „Bulgaria“ nachfolgende Adresse überreicht: „28. März 1899. An den Kapitän Gustav Schmidt und die Offiziere der Mannschafft des Dampfers der Hamburg-Amerika-Linie „Bulgaria“. Wir, der Mayor von Plymouth, die Handelskammer von Plymouth und der Handelsverein von Plymouth, heißen Ihr Schiff herzlich willkommen in diesem Hafen. Wir haben mit dem größten Interesse und der größten Bewunderung von Ihrem ausgezeichneten Verhalten während des Sturmes im letzten Monate gelesen. Am 1. Februar wurden Sie von einem Orkan heimgesucht und am 2. Februar wurde Ihr Steuerruder weggerissen. Obwohl Sie Tage lang dem Wind und den Wellen preisgegeben zwischen den Bogen lagen, sechs bis sieben Fuß hoch Wasser im Schiffsraum hatten, Ihre Boote weggeschwemmt waren und furchtbare Seen fortgesetzt über Ihr Schiff brachen, brachten Sie es dennoch fertig, am 21. Februar ein Anker zu setzen, und Sie steuerten schließlich Ihr Schiff, das 800 Meilen von den Azoren entfernt war, glücklich in den Hafen von Plymouth-Ladoga. Einer furchtbaren Nation angehörig und Vertreter eines Landes, der nicht unbekannt ist in der Geschichte, wünschen wir Ihnen unsere warmsten Glückwünsche zu ertheilen und Ihnen unsere Gefühle für die todesmuthige Haltung auszusprechen, welche Sie Alle ausgezeichnet hat. J. B. Smith, Mayor of Plymouth, T. G. Green-Wills, Vorsitzender der Handelskammer des Hafens von Plymouth, J. A. Tate, Vorsitzender des Handelsvereins von Plymouth.“ Der Vice-Mayor und die zweite Vorsitzende der Handelskammer von Plymouth hielten, für England sprechend, nach der Uebergabe der Adresse an Kapitän Schmidt eine längere Ansprache, in welcher das heldenmuthige Verhalten des Kapitän, seiner Offiziere und Mannschafft in begeisterter Weise gefeiert wurde. Hierauf erwiderte Kapitän Schmidt mit folgender Ansprache: „Herr Mayor, Herr Vorsitzender der Handelskammer, Herr Vorsitzender des Handelsvereins, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen danken für die hohe Anerkennung, welche uns, den Offizieren und der Mannschafft des Dampfers „Bulgaria“, von Ihnen als Vertreter der Stadt Plymouth gezollt worden ist, und nehme diese Anerkennung an als ein Zeichen der herzlichsten Empfindungen der großbritannischen Nation, eine Anerkennung, der von uns Allen der größte Werth beigelegt wird, eine Anerkennung, die von meinen Landsleuten und von den Deutschen, wo sie auch immer sich befinden mögen, sehr hoch geschätzt werden wird. Ihre ehrende Adresse wird für immer als eine freundliche Erinnerung an den Hafen von Plymouth aufbewahrt werden.“ Nach dieser Ansprache beauftragte der Mayor von Plymouth und die Damen und Herren mit dem Kapitän das Schiff und kehrten alsdann auf dem in ihren speziellen Dienst gestellten Begleitschiff zurück. Bei der Abfahrt wurden Hochrufe auf den Kapitän, die Offiziere und die Mannschafft ausgebracht.

Die Ankunft des Schiffes bei Brunsbüttel dürfte am Freitag Abend erfolgen, während die feierliche Begrüßung der Befragung am Sonnabend Vormittag stattfinden wird. Die „Bulgaria“ bleibt für einige Tage noch bei Brunsbüttel liegen, weil das Schiff in Folge seines großen Tiefganges erst nach Lösung eines Theiles seiner Ladung in den Hafen kommen kann. Die gesamte Mannschafft der „Bulgaria“ wird jedoch mittels der Dampfer „Blankenese“ und „Silvana“ am Sonnabend Nachmittag gegen 1 Uhr an der St. Pauli-Landungsbrücke in Hamburg eintreffen und von dort mit Wagen nach dem Rathsaushaus gefahren, wo sie vom Senat empfangen wird. Hierauf begibt sich die Mannschafft auf Einladung der Handelskammer auf die Gallerie der Börse und wird von dort nach dem Rathsaushaus geführt, wo ihr die Handelskammer ein Mittagessen darbietet. Der Kaiser hat seinem hohen Interesse für die Krieger der „Bulgaria“ erneuten Ausdruck gegeben, indem er außer dem Grafen von Helldorf, dem General-Inspektor der Marine, Admiral Köster, und den kommandirenden General des IX. Armeekorps, General v. Maffow, mit seiner Vertretung beauftragt hat. Die Vertreter des Kaisers fahren gemeinsam mit den Mitgliedern der Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie, sowie einigen Deputationen und eingeladenen Gästen mit den Dampfern „Blankenese“ und „Silvana“ am Sonnabend Vormittag von der St. Pauli-Landungsbrücke nach Brunsbüttel und werden gemeinsam mit der Mannschafft gegen 1 Uhr wieder in St. Pauli eintreffen.

Die Vorgänge in Frankreich.

Großes Aufsehen erregten in diesen Tagen Mittheilungen der „Independance belge“ über positive Angaben des Kommandanten Freyhaetter, der als jüngster Offizier an dem Kriegesgerichte über den Kapitän Dreyfus theilgenommen hat. Bei einem Defenieur im Hause des früheren Generalgouverneurs von Indo-China, de Lanessan, soll Kommandant Freyhaetter wirklich geäußert haben: „Seit zehn Monaten bin ich von der Ansicht des Dreyfus überzeugt.“ Kommandant Freyhaetter, der alle übrigen Angaben des Generalgouverneurs der „Independance“ als richtig bezeichnet, bestritt die letzte. In der gestrigen Nummer des belgischen Blattes hält man aber dessen Gewährsmann, indem er sich auf das Zeugnis von nicht weniger als vier Theilnehmern an dem Defenieur beruft, seine Mittheilungen in allen Punkten aufrecht und verlangt, daß diese vier Zeugen von dem Kommandanten Freyhaetter früher an die Schuld des Dreyfus glaubte und daraufhin diesen verurtheilte, ist sein Meinungswechsel jedenfalls von besonderer Wichtigkeit. Die jüngsten Enthüllungen der

„Independance belge“ werden daher jedenfalls weitere Folgen haben.

Auf die zweideutige Rolle, die der frühere Präsident der Republik in der Dreyfus-Angelegenheit spielte, ist bereits mehrfach hingewiesen worden. Auf dieses Verhalten hin durch die Veröffentlichung des Professors Gabriel Monod über den Brief des Dr. Gibert, eines Freundes des Feltz, neue grelle Streiflichter gefallen. Daran wird auch durch das Dementi des früheren Kabinettschefs des verstorbenen Präsidenten der Republik, Le Gall, nichts geändert. Vielmehr ertheilte der Sohn des Prof. Gabriel Monod diesem Herrn Le Gall ein Dementi, weil sein Vater, der in Italien weilte, dies nicht selbst thun kann. Die Bemerkung, „das ist eine Lüge“, sagt Emile Monod, dürfte wohl eher von einem vorstehenden Freunde, als von Feltz selbst geschrieben worden sein. Sollte sie aber wirklich von der Hand Feltz herrühren, so würde das auch noch nichts beweisen; denn als Dr. Gibert im Februar 1898 im Jura-Prozesse vorgeladen worden war, um als Zeuge über die Unterredung mit dem Präsidenten zu berichten, ließ dieser ihn bitten, daß er schweige, und fügte hinzu: „Wenn Sie wiederholen, was ich gesagt habe, so gebe ich mein Wort, daß es nicht wahr ist.“

Der Kassationshof setzte gestern in geheimer Sitzung die begonnene Prüfung des Geheimhaltens des Kriegsministeriums in der Dreyfus-Angelegenheit fort.

Es steht nunmehr fest, daß Casimir Perier vor der Strafkammer des Kassationshofs die Vorlegung gefälschter Dokumente im Dreyfus-Prozess zugestanden; der Sekretär Periers bestritt diese Aussage. Die Untersuchung nimmt einen für den Generalstab sehr ungünstigen Verlauf.

Durch Oberegypfen.

Wie aus Kairo gemeldet wird, ist jenseits der Staatsgrenze für die öffentlichen Arbeiten, Sir William Garstin, von einer zweimonatigen Inspektionsreise durch Oberegypfen zurückgekehrt. Er hat sich durch den Augenschein überzeugen wollen, wie es um die im Bau begriffenen Eisenbahnanlagen für den Niltham, mit der Siedlungsstadt, und wie es im Allgemeinen um den Ober-Nil steht. Einem Interviewer hat Garstin folgende Auskunft gegeben: Die Reise erstreckte sich auf den Weissen und Blauen Nil. Das Kanonenboot „Metemneh“ hatte die Reisenden aufgenommen und führte sie bis in das noch von Mahdi und seinen Scharen durchstreifte Gebiet. Oberhalb der jetzt angeblich von Khalifa befestigten Insel Abba wurde das Boot angreifen von einer etwa 300 Köpfe zählenden Menge. Es waren die Reste der von Mahdi erschlagenen Truppe — also die Ueberreste der öffentlichen Abtheilungen des Mahdistenheeres. Die Leute, von denen ein Drittel aus Weibern und Kindern bestand, befanden sich in einem jammervollen Zustande. Die meisten hatten nicht mehr ein Stück Brot auf dem Leibe und alle waren zu Stetteln abgemagert. Sie wurden, so gut es ging, verpflegt und von einem Transportschiffe nach Khartum gebracht. Nach den Mittheilungen der Leute war der Khalifa in gewaltigen Heer nur noch etwa 7000 Mann bei sich, wovon ungefähr tausend mit Gewehren, aber nur mit wenig Munition ausgerüstet waren. Die Trümmer des Dervischheeres leiden Mangel und derselbe macht sich um so fühlbarer, da eine große Menge Weiber und Kinder im Trosse sind. Daher würden die letzten seiner Erfolgsgläubigen Khalifa gerne im Stiche lassen, wenn sie wüßten, wohin sie sich wenden könnten. Da man bemerkt hat, daß vom rechten Ufer aus verschiedene Proviant für die Dervische über den Nil gebracht worden ist, so üben jetzt drei Kanonenboote die Wache auf dem Ströme aus und verhindern ohne Unterbrechung jedes Boot der Eingeborenen am Ueberqueren des Flusses. So wird, da er durch Manöuvre in der schon so arg mangelnden Gegend sich dauernd unmöglich halten kann, der Khalifa wohl nach und nach müde werden. Der „Metemneh“ ging aufwärts bis zum See Nu. Die Wänte des Niles sind flach und das Land ist marigartig. Hohe Büsche von Papyrus umrahmen die Ufer. Unzählige Vögel und wilde Thiere und gewaltige Nilpferde haufen in dem Dickicht, durch welches man nur an wenigen Stellen aus dem Land gelangen kann. Dann und wann taucht ein Dorf der Schilf auf, deren runde kegelförmige Hüten man schon von Weitem von den flachen Lehmhäusern der Fellaheen unterscheidet. Der Säugling der Schilf — er nennt sich Natch, der König — kam an Bord des englischen Schiffes. Er war, wie sein Geßel, riesengroß, über sechs Fuß hoch, äußerst fehnig, breit gebaut, aber mit dünnen Beinen. Er rührte sich, eine Million Unterthanen zu haben. Das ist natürlich stark übertrieben, doch dürfte die Anzahl des starken Stammes wohl die Zahl 300 000 übersteigen. Zwischen ihnen sowie südlich von den Schilfländern wohnen die Nueh, ein von den schwarzen Schilf verchiedener brauner Stamm. Das Land ist äußerst fruchtbar, muß aber durch Anlage von Kanälen entwässert werden, resp. es muß eine geordnete Bewässerung angelegt werden. Die Frage der Bewässerung des Nillandes überhaupt wird durch den begonnenen Bau des von John Bird geplanten gewaltigen Werkes an den Katarakten in ganz neuer Weise in Angriff genommen und es wird dadurch Egypten einer Zukunft ungewöhnlicher Entwicklung entgegengeführt werden.

Garstin fand alle Bedingungen für das Gedeihen des Landes günstig — fruchtbares Land, ein gutes Klima, reichlich Wasser. Nur eines fehlt — der Arbeiter, der die Scholle bebaut. Durch die jahrelangen Kriege und vorher durch die Sklavenjagden ist das Land weithin verwüstet und entvölkert worden. Es wird geraume Zeit brauchen, bis mit der geschaffenen Sicherheit des Verkehrs Ruhe eintritt, der Neger wieder Zuträuen gewinnt und schaffst wird. Wenn an den Nilfern wieder vollstehige Negerhöfe sich erheben werden, dann wird für Oberegypfen und den Sudan eine neue Epoche beginnen. Dann erst wird es möglich sein, all die Schätze zu heben, die unter einer gültigen Sonne das Nilland zu erzeugen im Stande ist.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser wird Anfang Mai zum Besuche des herzoglichen Paares in Primenau erwartet. Die Kaiserin wird einige Zeit früher, schon Ende April dort eintreffen. — Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen beabsichtigen, wie der „Diet. Lloyd“ berichtet, Gongkong am vorigen Dienstag zu verlassen. Die „Deutschland“ sollte das prinzipale Paar zunächst nach Amoy bringen, wo die Prinzessin für einige Zeit zu weilen gedachte, während der Prinz an Bord seines Flaggschiffes nach Manila gehen wollte. Bevor Prinzessin Heinrich die Rückfahrt nach Deutschland am 23. April mit dem Reichspostdampfer „Prinz Heinrich“ antritt, beabsichtigen die Herrschaften, nochmals nach Shanghai zu kommen. Voraussichtlich werden sie in der ersten Aprilwoche dort eintreffen. In den Kreisen der deutschen Gesellschaften ist man dem Gedanken näher getreten, im Klub Konforla den Gästen zu Ehren ein Fest zu veranstalten, das die freie Bewegung aller Theilnehmer ermöglicht. Es ist die Abhaltung eines „deutschen Jahrmärts“ zu diesem Zwecke vorgeschlagen worden, ein Gedanke, dessen Ausführung nicht nur mancherlei Abwechslung und Unterhaltung mit sich bringen, sondern auch an die Gründungsgabe der Theilnehmer anregende Forderungen stellen würde. — In Stuttgart fand gestern Vormittag bei reger Theilnahme der Vertreter staatlicher und städtischer Behörden die Trauerfeier für den verstorbenen Oberbürgermeister Kuehnelt statt. Die Leiche war von Baden-Baden nach Heidelberg zur Verbrennung übergeführt und die Asche in einer Urne hier beigelegt worden. Der „Schw. Merkur“ berichtet, die Wittve Kuehnelt habe den Stadtbefehl Braun gebeten, bei der Bestattung der Asche seines Mannes zu wachen, die bestehenden kirchlichen Bestimmungen hätten sich jedoch nicht zugelassen. — In Genua hat sich die bürgerliche Handelskammer gegen den Entwurf eines Gesetzes über die Waarenhandelssteuer erklärt; auch in Krefeld verhandelte die Handelskammer in längerer Debatte über den Entwurf, sie nahm dabei mit allen gegen drei Stimmen gegen die Sonderbesteuerung der Waarenhäuser im Prinzip Stellung. Bei der Besprechung über die Einzelheiten des Entwurfs betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser gewann die Handelskammer indes die Ansicht, daß die vorgesehene Gruppeneinteilung im Allgemeinen zutreffend, die Besteuerung jedoch zu hoch angesetzt worden sei. — Eine berüchtigte polnische Dame, die von der Polizeibehörde in Polen einen Strafbefehl über hundert Mark erhalten, weil sie polnischen Sprachunterricht an Schulkinder erteilte, hatte sich an die Regierung mit der Bitte um Erlaubnis zur Ertheilung des Unterrichtes gewandt. Sie hat jetzt die Antwort erhalten, daß die Genehmigung zur Ertheilung des polnischen Les- und Schreibunterrichts an schulpflichtige Kinder nicht erteilt werden könne.

Dem anhaltischen Landtage gingen, wie der „Anhalt. Kurier“ meldet, zwei Vorlagen zu betreffend das durch Wasserzugänge sehr bedrohte staatl. Salzwerk Leopoldshall. Zur Aufstellung einer neuen Wasserhaltung im Werte von 200 000 Mark erforderlich.

Deutschland.

Berlin, 29. März. Für die Art, in der die Sozialdemokratie ihre Genossen unter beständiger Aussicht hat und ihre Wahlkreise organisiert, ist eine Zeile der seit der letzten Reichstagswahl aus dem zweiten Berliner Reichstagswahlkreis verzogenen sozialdemokratischen Wähler, welche der „Vorwärts“ veröffentlicht, von großem Interesse. Eingeführt die Namen von 3000 Genossen werden nach Berufsarten geordnet aufgeführt. Sie sind aus dem zweiten Wahlkreise vertheilt, nachdem sie bei der Wahl am 16. Juni 1898 abgestimmt haben, und die Genossen werden aufgeführt, ein jeder in seinem Hause und in seiner Werkstatt, nach ihnen zu forschen, da der Wahlkreis der ihrer trotz aller Vermählungen nicht hat habhaft werden können. Die Anmerkungen sind begreiflich, da die Zahl der in der Stichwahl zu Gunsten des freisinnigen und des sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen fast gleich war. Bleiben die 3000 Genossen unermittelt, so ist die Wahrscheinlichkeit einer neuen Niederlage der Sozialdemokratie näher gerückt; denn die Wahlstrategen der Sozialdemokratie haben nicht mehr die Möglichkeit, die entlassenen Wähler durch Abkommandirungen sozialdemokratischer Wähler in den zweiten Wahlkreis auszufüllen, da die neue Wahl auf Grund der für die Hauptwahl angefertigten Wählerliste stattfinden. Die Sozialdemokratie hat bisher immer bestritten, daß zur Organisation der Wahlkreise die Parteigenossen in den einen oder den anderen Wahlkreis je nach Bedürfnis abkommandirt wurden. Aber die jetzt erfolgende Veröffentlichung der Namen von 3000 Genossen, die seit dem Juni v. J. plötzlich aus dem zweiten Wahlkreise wieder verschwunden sind, rückt diese Abkommandirung in eigenhändige Beleuchtung. Die öffentliche Bekanntmachung der Namen von so vielen Wählern, welche die sozialdemokratische Partei für sich in Anspruch nimmt, bekundet zugleich, wie hoch sie selbst das Wahlergebnis schätzt.

In Hagen fand am Sonntag ein außerordentlicher Parteitag der sozialdemokratischen Partei für die Provinz Westfalen statt, der sich hauptsächlich mit den Dortmunder Genossen und den bekannten Zweigkreisen beschäftigte. Eine Resolution, in welcher das Verhalten der Dortmunder scharf getadelt wird, wurde angenommen. Es wurde dann beschloffen, das Agitationskomitee von Dortmund nach Bochum zu verlegen. Ueber Dr. Vitzgenau äußerte sich Reichstagsabgeordneter Nier in folgender lebenswichtigen Weise: Er (Nier) sei nicht für die Prügelschule, aber er würde nichts dagegen haben, wenn einer dem Lügennarr ein Duden aufschleife.

Der Herrschaft, von Abbe Wetterle herangezogene, „Klaffter Kurier“ eifert gegen den Gebrauch, daß die Rekruten singend und mit Bändern geschmückt zu den Aushebungen kommen, und führt dann aus: „Eine in den obwaltenden Verhältnissen liegende Triebfeder zur Fröhlichkeit ist schwer zu finden. Der Gedanke, zwei oder drei Jahre in eine Kaserne gesteckt, gedrillt, ge-

schunden zu werden, das Soldatenleben mit seinen vielfachen schweren Placereien durchkosten zu müssen, bietet sicherlich keinen Grund, sich auf ein solches Loos zu freuen. Ein nüchterer Blick auf die düstere Zukunft mit spärlichen Lichtseiten, aber voller beängstigender Nachtbilder, mühte den Militärliebhaber zu einer direkt gegenfälligen Anschauung über seine Lage bringen.“ Das Glücksgefühl des Reichstagskriegers, das freilich kommen, könne man nachempfinden. Das fröhliche Leben und Treiben der Militärliebhaber sei heute unbegründet und sinnlos.“ Zu französischer Zeit sei das allerdings anders gewesen. Die französische Musterungs- und Aushebungsordnung sei auf gesetzliche Bestimmungen gegründet gewesen, die den Gefestigten durchwegs keine schlimmen Ausstellungen boten. Wer eine niedrige Nummer gezogen, habe sich mit den damals üblichen freudigen Worten getrostet: „Sieben Jahre Brod und Fleisch.“ Den Soldaten Padete mit Speisemaaren zu schiden, sei bei der guten Ernährung des französischen Heeres unerhört gewesen. Wenn man in Betracht zieht, daß die kaiserlichen Heerblätter in den letzten Jahren hinein verbreitet werden, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn dort immer noch ein erheblicher Theil der Militärliebhaber sich dem deutschen Heeresdienst entzieht.

In der Angelegenheit des Professors Desbrück erfahren die „Berl. N. N.“, daß die mündliche Verhandlung vor dem Disziplinardienste nach sechs Stunden abgebrochen hat, daß der Angeklagte in Abwesenheit des Rechtsanwalts Desbrück persönlich erschienen war und die Anklage von dem vortragenden Rath im Kultusministerium, Geh. Oberregierungsrath Dr. Förster, vertreten wurde. Das Disziplinargericht war in der vollen Besetzung von elf Mitgliedern erschienen, während sonst zur Erledigung der Disziplinarsachen nur die Theilnahme von wenigstens sieben Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Disziplinardienst hat in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Anklage angenommen, daß der Angeklagte durch die exzessive Form seiner Kritik sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht habe, und lediglich aus dem Grunde, weil die Vernehmung nur in der von dem Angeklagten überhöhten Form beruhe, hat der Gerichtshof unter Abhandlung eines Beschlusses eine Geldstrafe von 500 Mark erkannt. Der Gerichtshof hat die Straferhebung von Universitätslehrern in gleicher Weise wie bei den übrigen unmittelbaren Staatsbeamten rechtlich zwar für zulässig, im vorliegenden Falle aber für zu hart erachtet.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. März. Im niederösterreichischen Landtage führte Abgeordneter Kopp, einen gegen die Sprachverordnungen gerichteten Antrag des Hofes befürwortend, aus, diese Frage sei eine der ganzen Staat betreffende geworden, und sei deshalb der Landtag zur Stellungnahme berufen. Statthalter Graf Stremann erklärte im Namen der Regierung, er sei, da der Nationalitätenstreit auf das ganze politische Leben zurückwirke, nicht dagegen, daß sich der Landtag im Rahmen einer Meinungsäußerung mit der von der Sprachfrage beherichtigten politischen Lage befaße. Der Statthalter richtete im Namen der Regierung an alle dazu berufenen Faktoren die Aufforderung, endlich die Scheu vor der Öffentlichkeit abzugeben und im Interesse der Allgemeinheit zur Berathung zusammenzutreten, damit ein Einverständnis über Lösung der Streitpunkte erzielt werden könne. Sollte sich diese Hoffnung erfüllen, was allerdings ohne thätige Mithilfe der Beteiligten nicht geschehen könne, dann werde für die Regierung kein Anlaß vorliegen, anderweitige Schritte zu thun, um der Landtag der verfassungsmäßigen Thätigkeit der Reichsvertretung zu beugen. (Hört! hört! Bewegung.) Nach längerer Debatte wird der Antrag des Verfassungsausschusses: „Der Landtag erklärt die Jurisdiktion der Sprachverordnungen nicht nur im Interesse der Deutschen, sondern auch Oesterreichs für eine unerlässliche Nothwendigkeit und weist jeden Versuch zurück, die Sprachverhältnisse auf einem anderen Wege als durch Reichsgesetze, etwa durch den Paragraphen 14, zu regeln“, angenommen, jedoch mit Ausnahme der Stelle betreffend den Paragraphen 14, welche abgelehnt wird.

Satz, 28. März. Die „Los von Rom“-Bewegung schreitet hier fort; gestern meldeten 60 Personen bei der Katholikengemeinschaft ihren Austritt aus der katholischen Kirche an; weitere Austritte stehen bevor.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. März. Der Folkething nahm heute mit 73 gegen 28 Stimmen eine Vorlage an, durch welche der Betrag von 100 000 Kronen zur Abwendung eines Streikens nach den ostföhrischen Gewässern bewilligt wird. Wie verlautet, werde Prinz Waldemar das Kommando des Streikens übernehmen. Das Budget für 1899–1900 ist hiermit definitiv angenommen; der Schluß der Reichstagssession erfolgt morgen.

Amerika.

Washington, 28. März. Die Generalabjunktur veröffentlicht eine Verlustliste, nach welcher seit dem 4. Februar auf den Philippinen 157 Mann gefallen und 864 verwundet worden sind.

Arbeiterbewegung.

In der Generalversammlung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln wurden folgende von Herrn Generalsekretär Bredt befürworteten Resolutionen angenommen: „Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln erklärt über die sozialpolitischen Initiativanträge im Reichstage: 1. Eine genügende sachliche Veranlassung zu diesen Anträgen kann der Verein nach dem Stande der Arbeiterfrage, soweit der Vereinsbezirk in Betracht kommt, nicht anerkennen; 2. Inwiefern der Arbeiter durch die Ausübung der beantragten Gesetze das hier im Allgemeinen friedliche Verhältnis zwischen den Großgewerbetreibenden und den Arbeitern ohne Noth gestört werden würde. 2. Der Verein hält an dem Grundsatz fest, daß der unmittelbare Verkehr zwischen

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Hoffe, Kautzsch & Böger, G. A. Daus, Anwaltskanzlei Berlin Bernh. Kuntz, Mar. Gerkmann, Eberhard B. Thienens, Halle a. S. Jul. Bard & Co., Hamburg Wilhelm Wittenberg. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Fein. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Unternehmer und Arbeiter der beste Weg zum Ausgleich etwaiger Streitigkeiten ist. 3. Er spricht sich daher entschieden gegen sozialpolitische Einrichtungen, wie Einigungsämter u. s. w. aus, die keine befriedigende Erledigung etwaiger Streitigkeiten gewährleisten, dagegen dem ohnehin durch Mitwirkung bei der Ausführung der Arbeitergesetze stark belasteten Gewerbetreibenden noch weitere Opfer an Zeit und Kraft zumuten würden. 4. Er weist namentlich auch die Schaffung neuer Wahlkörper zurück, die lediglich die mit den schon bestehenden Wahlkörpern verbundene Aufregung gegen die Arbeitgeber und die Vereinigung unter den verschiedenen Arbeiterparteien noch verstärken würden.“ — In Frankfurt ist der Braueranstand, der anfänglich einen friedlichen Ausgang zu nehmen schien, in ein ernstes Stadium getreten. Nachdem heute die Brauereiarbeiter der größten Brauerei am Orte und in der Umgebung, der Bindingsheim, die Arbeit niedergelegt hatten, so daß jetzt zusammen etwa 500 Arbeiter austreten, das Personal von vier Brauereien, fahlen diejenigen Brauereien des Verbands von Frankfurt und Umgebung, deren Arbeiter nicht in den Ausstand getreten waren, den Beschluß, 25 v. H. ihrer Arbeiter zu kündigen. Der Verband motivirt diesen Schritt mit dem Druck, den der Ausstand in dieser für das Braugewerbe besonders wichtigen Arbeitszeit ausüben soll. Der Verband war, nachdem die Arbeiter von drei großen Brauereien in den Ausstand getreten waren, den Ausständigen theilweise entgegengekommen, doch fand man auf Seiten der Arbeiter die gestellten Bedingungen nicht annehmbar und entschied sich in den gestrigen Versammlungen dafür, die gestellten Forderungen aufrecht zu halten und sich event. solidarisch zu erklären. Es ist also bei dieser Lage der Dinge vorerst keine friedliche Lösung zu erwarten, ja, es ist sogar zu erwarten, daß weitere Arbeiterkriege in diesen Lohnstreit hineingezogen werden. Dabei ist nicht zu erwarten, daß zuletzt der Streit für die Ausständigen günstig ausfallen wird. Als in Mannheim vor zwei Jahren ein Braueranstand ausgedehnt war und die Sozialdemokratie über das Mannheimer Bier den Vorkost ausgesprochen hatte, glaubten die Ausständigen auch, der Sieg werde sich auf ihre Seite neigen. Trotz der großen gebrachten Opfer kam es aber anders und voraussichtlich werden auch bei dem Frankfurter Braueranstand die Arbeitnehmer den größten Schaden haben.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 29. März. Der Kreistag des Kreises Randow hielt heute im Kreishaufe hierseits eine Sitzung ab. Den Vorsitz führte Herr Landrath v. Ranteuffel. Ueber die ordnungsgemäße vollzogene Prüfung der Kreis-Sparkassen-Rechnung für das Rechnungsjahr 1897/98 sowie der Rechnung der Kreis-Gemeinde-Sparkassen für das Kalenderjahr 1897 berichtete Herr Bürgermeister F. o. f. W. Adamm und wurde darauf die beantragte Entlassung erteilt. — Der Kreis haushaltplan für das Rechnungsjahr 1899 wurde nach dem Kreisaußschuß in Vorschlag gebrachten Anträgen genehmigt. Der Etat der Kreisverwaltung balancirt darnach in Einnahme und Ausgabe mit 446 000 Mark, der Etat für Verwaltung von Provinzial-Gebäuden schließt ab mit 68 267,20 Mark. — Der Kreistag erklärte sich einverstanden mit der Mehrbelastung der Kreisangehörigen in den durch Verkehrsanlagen bevorzugten Kreistheilen. Demnach dürfen dort Kreisabgaben in Höhe von über 50 Prozent des Gesamtverbrauchs der direkten Staatssteuern erhoben werden. — Verschiedene Wahlen wurden im Sinne der vom Vorsitzenden unterbreiteten Vorschläge vollzogen. — Wegebaubehilfen wurden aus dem Wegebaufonds gewährt für die Verstellung des Verbindungsweges vom Dorfe Stöben nach dem Bahnhof, daselbst sowie für den Ausbau der Landstraße von Nemet nach Wulffow, und zwar nach Maßgabe der von dem Provinzial-Ausschuß bei der Bewilligung der Provinzial-Prämien festgesetzten Bedingungen. — Endlich wurde die Genehmigung erteilt zum Bau eines Wohnhauses für den Arzt des Kreiskrankenhauses in Colbitzow und die nötigen Mittel hierfür bereitgestellt. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

* Dem Verwaltungsrath für das Verwaltungs-jahr 1898–99 entnehmen wir folgende Angaben: Der Verkehr bei der Kreispartisse ist in fortwährender Steigerung begriffen. Am Schluß des Rechnungsjahres 1898–99 betrug die Forderung der Sparer 12 055 626,23 Mark, neue Spareinlagen im Rechnungsjahr 1897–98 erfolgten mit 6 530 121,47 Mark, zurückgezahlt wurden 5 413 164,67 Mark. Der Rechnungsschluß für 1897–98 weist einen Bestand von Spareinlagen mit 13 172 583,03 Mark und einen Gesamtleberlohn mit 100 003,66 Mark nach. Der Reservefonds ist auf 617 488,93 Mark angewachsen. Ueber die Finanzlage des Kreises wird berichtet: Der Kreis Randow hat folgende Schulden: 600 000 Mark Darlehen zum Zwecke des Grunderwerbs für den Bau der Eisenbahn Stettin-Safenis, zu 3 1/2 p. C. verzinslich und in 30 Jahren zu tilgen, 224 000 Mark, mit welchem Betrag der Kreis als Aktionär (in Stammaktien) bei der Kleinbahn Stöben-Stolzenburger Glas-hütte beteiligt ist; das Darlehen ist mit 3 1/2 p. C. zu verzinsen und in 30 Jahren zu tilgen, 322 000 Mark, mit welchem Betrage der Kreis als Aktionär bei der Kleinbahn Rastow-Pentum-Ober beteiligt ist; dieses Darlehen ist ebenfalls mit 3 1/2 p. C. zu verzinsen und in 35 Jahren zu tilgen. Ueber den in den Grundbüchern und Kreisbüchern bestehenden Vermögensgegenstand weist die Rechnung für 1897/98 an einseinstweilen zinsbar angelegten Kapitalien auf: 330 000 Mark zum Kommunalfonds, 39 630 Mark zum Amtsfonds und 56 424,08 Mark zu verschiedenen Fonds gehörig. — Ueber die Verkehrsstatistik wird berichtet: Die Sekundärbahn Stettin-Safenis ist in allen Theilen fertig gestellt und dem öffentlichen Personen- und Güterverkehr übergeben worden. Die Gesamtkosten des zu diesem Bahnbau aus Kreismitteln erworbenen Grund und Bodens können noch nicht ermittelt werden, weil die aus den Entzügen hervorgegangenen 8 Prozesse noch nicht entschieden worden sind. Der Bau der Kleinbahn Rastow-Pentum-Ober ist soweit gefördert, daß die Eröffnung des Personen- und Güterverkehrs am 1. April d. J. stattfinden

